

Uni überrumpelt: Widerstand gegen Flüchtlingsdorf

Steigender Widerstand: Proteste gegen Flüchtlingscontainer auf Unigelände in Berlin. Erfahren Sie, warum die geplante Unterkunft an der Freien Universität auf Kritik stößt. #Flüchtlingsunterkunft #Berlin #Proteste

Das Grundstück an der Thielallee 63 in Berlin-Dahlem, das derzeit als Parkplatz dient, soll nach dem Senatsbeschluss für 260 Flüchtlinge mit einem Containerdorf genutzt werden. Jedoch regt sich Widerstand gegen diese Pläne, insbesondere an der Freien Universität (FU). Die FU-Präsidentin, Frau Güttner, wandte sich gegen die vorübergehende Unterbringung von Flüchtlingen auf dem geplanten Gelände, da die Universität stattdessen ein Gebäude für Lehre und Forschung plant. Der Flüchtlingskoordinator Berlins, Albrecht Broemme, betonte die Dringlichkeit der Situation und verwies darauf, dass die FU die Maßnahme nicht unterstützt habe und sich von den Senatsplänen überrannt fühlt.

Ein Sprecher der FU bestätigte, dass die Universität bereits kurzfristige Maßnahmen zur Unterstützung von geflüchteten Menschen ergriffen hat, aber aufgrund dringender Bauvorhaben nach 2023 keine weiteren Flächen zur Verfügung stehen. Die Uni schlug vor, leerstehende Gebäude der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben als alternative Nutzung für Flüchtlingsunterkünfte vorzusehen. Broemme betonte, dass die Uni eine zeitliche Angabe für den Bau des neuen Gebäudes machen müsse, da in naher Zukunft möglicherweise Flüchtlinge auf dem Gelände untergebracht werden könnten.

Des Weiteren beschloss der Senat Ende März die Schaffung von

16 weiteren Containerdörfern zur Unterbringung von Flüchtlingen in Berlin. Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner erklärte, dass trotz des Widerstands die Maßnahme notwendig sei, da es an Wohnungen für Flüchtlinge mangelt. Die neuen Standorte konzentrieren sich hauptsächlich im Ostteil der Stadt, was zu einem weiteren Ungleichgewicht bei der Aufnahme von Flüchtlingen führen könnte. In einigen vornehmen Stadtteilen, einschließlich Steglitz-Zehlendorf, stoßen ähnliche Maßnahmen auf Widerstand.

Diese Entwicklungen haben zu Diskussionen in den sozialen Medien geführt, insbesondere mit Bezug auf die Reaktion der FU. Einige Nutzer kritisieren die Uni für ihre vermeintliche mangelnde Unterstützung bei der vorübergehenden Flüchtlingsunterbringung auf dem geplanten Gelände. Trotz des Widerstands und der Diskussionen bleibt die Frage bestehen, wie angemessen und effektiv auf die Flüchtlingssituation in Berlin reagiert werden kann, insbesondere angesichts des akuten Wohnungs- und Unterbringungsmangels.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de